

WAS ZÄHLT BIST DU



**SCHWERPUNKT
WAHL**

Spenden

900.000
EURO

Seit Jahresbeginn wächst unser Spendenkonto kontinuierlich.
Wir danken ganz herzlich und freuen uns
über weitere Unterstützung, insbesondere für unseren
Wahlkampfspendensput!

Austausch

~130
TERMINE

in sechs Wochen, vom Beginn der
„Zukunft wird aus Mut gemacht“ –
Tour bis zum 22. September. Und damit
viele Gelegenheiten, unsere Spitzen-
kandidaten im direkten Gespräch
persönlich kennenzulernen.

Wegweiser

~27.000
KILOMETER

reisen Katrin und Cem für ihre Wahl-
kampftermine kreuz und quer
durch die Republik. Natürlich so grün
wie möglich – per Bahn, im Hybrid-
auto, mit dem Rad oder ganz einfach
auch mal zu Fuß.

Wahlplakate

5.500
GROSSFLÄCHEN

wurden gebucht – wir mischen gut
im Wahlkampf mit! Die Zahl der
verkauften Plakate beläuft sich sogar
auf 300.000 – Grün also, soweit das
Auge reicht!

Wahlkampftournee

81
STÄDTE

werden auf der Wahlkampftournee
angesteuert. Besonders beliebte
Formate sind hier die sogenannten
Townhall-Meetings oder die
Dialog-Formate, bei denen Katrin
und Cem den Bürgerinnen
und Bürgern Rede und Antwort stehen.

Mitglieder

62.132
GRÜNE

So viele sind wir aktuell – mehr waren
wir noch nie! Bei aktuell
61,5 Millionen Wahlberechtigten
für die kommende Bundes-
tagswahl heißt das: Mehr als jede oder
jeder Tausendste von ihnen
ist grünes Mitglied.

Social Media

~1.400
TWEETS

haben unsere Spitzenkandidaten
seit der Urwahl abgesetzt – das
macht ca. 2,3 Tweets pro Kandidat
und Tag.

Prolog

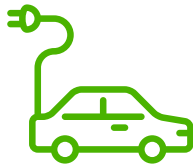
DIESEN WAHL- KAMPF GEWINNEN WIR NUR GEMEINSAM

Am 24. September entscheidet sich die Richtung für die kommenden vier Jahre. Packen wir in Deutschland die großen Zukunftsaufgaben an? Oder werden sie weiter ausgesessen? Unsere Richtung ist klar: endlich Klimaschutz, mehr Gerechtigkeit, echte Integration und ein Europa, das zusammenhält. Diesen Wahlkampf gewinnen wir nur gemeinsam. Deshalb danke ich euch sehr für euer starkes Engagement bisher. Ihr seid spitze! Aber jetzt kommt es noch einmal darauf an! Fast die Hälfte unserer Wählerinnen und Wähler entscheidet sich erst in den letzten Tagen vor der Wahl. Diese wollen wir jetzt gemeinsam überzeugen, ihre Zweitstimme uns Grünen zu geben. Deswegen stellen wir uns in dieser Ausgabe den Fragen und Vorurteilen, die uns Grünen oft begegnen. Die 27 Antworten sollen euch ein Kompass für das persönliche Gespräch sein. Gemeinsam mit Statements von Katrin, Cem und 16 Grünen, die noch nicht im Bundestag vertreten sind, zeigen sie, wofür unsere Partei steht. Ich wünsche euch eine anregende Lektüre und viel Kraft und Esprit für die letzten Tage.

Euer Michael



MICHAEL KELLNER
Politischer Geschäftsführer



WO SOLL DER STROM FÜR DIE E-AUTOS HERKOMMEN?

Natürlich muss es in Deutschland viel mehr Ladestationen für Elektroautos geben, als zurzeit vorhanden sind. Unsere Nachbarn aus den kleinen Niederlanden machen es uns vor: Dort gibt es viermal so viele Ladepunkte wie in Deutschland. Auf großen Parkplätzen, in Parkhäusern und auf Rastanlagen sollten Ladesäulen für E-Autos selbstverständlich sein. Um den zusätzlichen Bedarf zu decken, müssen die erneuerbaren Energien stärker ausgebaut werden. Der zusätzliche Bedarf lässt sich problemlos mit Ökostrom abdecken, insbesondere, da wir nicht alle heutigen 45 Millionen Benzin- und Diesel-Fahrzeuge durch E-Autos ersetzen müssen. Das ist nicht nötig, weil wir Mobilität breiter denken: Eine Energiewende im Verkehr kann nur mit einer gleichzeitigen Verkehrswende gelingen. Warum im Stau stehen, wenn man mit dem Rad oder der Bahn zur Arbeit fahren kann? Deshalb setzen wir uns für einen Ausbau des Schienenverkehrs und der Radwege ein und fördern intelligente Lösungen für Carsharing. Dann bedeutet Mobilität auch nicht mehr Lärm, Dreck und verschenkte Zeit.

Spitzenkandidatin

„Der Endsprint hat begonnen und wir haben den 24. September fest im Blick. Wir sind so dicht dran: Wir haben den Moment, wir haben die Ideen, wir haben die Kraft – und wir haben euch. Gemeinsam können wir gewinnen und dann gestalten!“

Katrin Göring-Eckardt

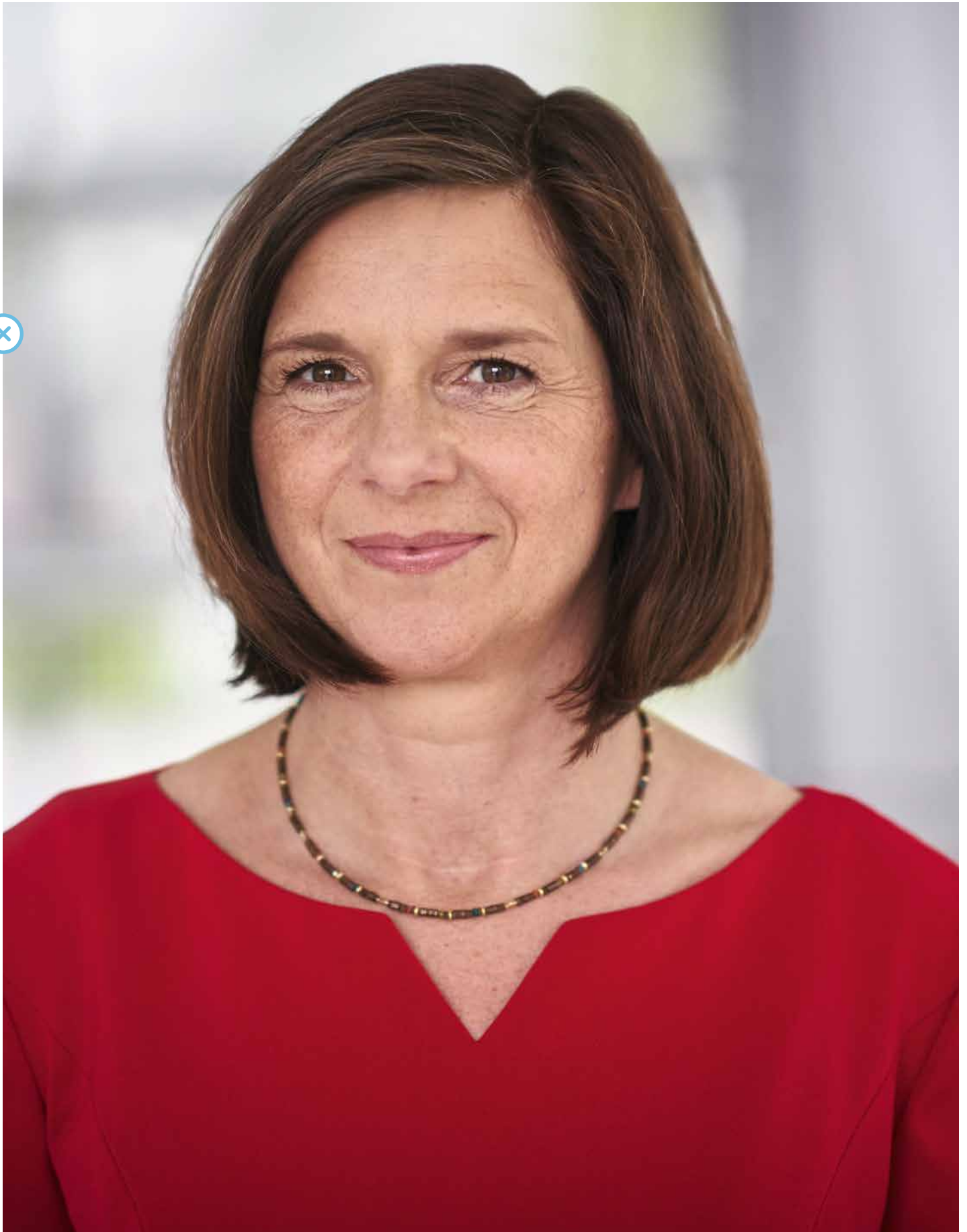
Vorsitzende der Bundestagsfraktion
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
seit 1990 grünes Mitglied.
Spitzenkandidatin für die Bundestagswahl.



JEDES FÜNFTE KIND IN DEUTSCHLAND IST ARM. WAS UNTERNEHMEN DIE GRÜNEN?

Ein Gedankenspiel: In einer Stadt, die so groß ist wie Köln und München zusammen, leben nur Kinder – und alle leben in Armut. Unvorstellbar? Leider nein: 2,5 Millionen Kinder sind in Deutschland tatsächlich von Armut betroffen. Aus diesem Grund haben die Grünen ein Reformpaket in Höhe von jährlich zwölf Milliarden Euro geschnürt, das Familien entlasten soll. Dazu gehört ein Kindergeldbonus (Geld ohne Antrag und viel Bürokratie für Familien mit wenig Geld), eine Kindergrundsicherung (damit Eltern mit kleinen und mittleren Einkommen die gleiche Unterstützung und steuer-

liche Entlastung bekommen wie Eltern mit hohem Einkommen) und der Familientarif (individuelle Besteuerung der Partner mit doppeltem Grundfreibetrag). Und es geht weiter: Das Elterngeld soll reformiert werden, das Recht auf Home-Office den Alltag entspannen und weitere 350.000 Krippen- und Kita-Plätze geschaffen werden. Nicht zu vergessen – arbeitende Mütter müssen endlich angemessen bezahlt und besser sozial abgesichert werden. Damit kein Kind erfahren muss, was arm sein bedeutet.



Die Themen sind gesetzt, die Plakate geklebt, alle Kandidaten auf Tour. Wir blicken gespannt nach vorn: In sieben Tagen ist Bundestagswahl. Wir wissen, dass viele Wähler sich erst im Laufe dieser Woche entscheiden werden, wem sie ihre Stimme geben. Was jeder von uns jetzt noch tun kann?

Ein grüner Wahlkampf-Countdown.

COUNTDOWN

MONTAG, DEN 18.9.



... noch 6 Tage

Sei Gastgeber: Lade ein paar noch unentschlossene Freundinnen und Freunde zum Abendessen ein und überzeuge sie, ihr Kreuz bei Grün zu machen. In dieser Ausgabe findest du Stoff für Diskussionen und gute Argumente!



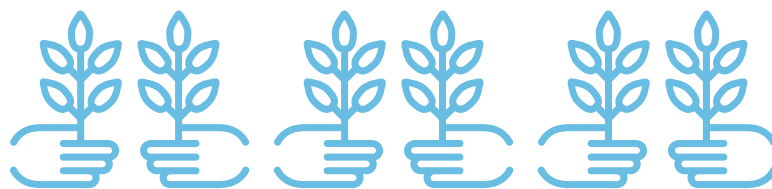
WIE KANN ICH GRÜNE WAHLVERSPRECHEN ERNST NEHMEN, WENN SIE IN LANDES-REGIERUNGEN NICHT ANGESTOSSEN WERDEN ODER DAS GEGENTEIL MITBESCHLOSSEN WIRD?

Es ist nicht immer leicht, Ziele zu erreichen. Als Koalitionspartner muss man dafür auch Umwege gehen oder Kompromisse mittragen. Öfter als einem das selbst lieb ist. Dennoch: In unseren grün mitregierten Landesregierungen haben wir vieles verändert. In Schleswig-Holstein ist der Strom heute zu 100 Prozent erneuerbar, in Baden-Württemberg konnten wir den Hochschulen zusätzliche 1,7 Milliarden Euro zur Verfügung stellen und Hamburg wird gerade zur Fahrradstadt. In Niedersachsen wurde ein Tierschutzplan auf den Weg gebracht, der das Kürzen von Entenschnäbeln und Ringelschwänzen verbietet und die Antibiotikazufuhr minimiert. Doch alle wirklich großen Gesetzesvorschläge können nur vonseiten der Bundesregierung eingebracht werden – so funktioniert nun mal unser politisches System. Gerade deshalb ist es so wichtig, dass wir wieder im Bund mitregieren.



DEUTSCHLAND HAT IN DEN LETZTEN JAHREN VIELE FLÜCHTLINGE AUFGENOMMEN. HABEN WIR UNS DAMIT ÜBERNOMMEN?

Nein. Wir sind über uns hinausgewachsen: Privates Engagement, Initiativen, Behörden, die Polizei, wir alle haben Großartiges geleistet. Wichtig ist jetzt die Frage: Wie wollen wir uns auf die Zukunft vorbereiten? Für uns steht neben einer wirklich ernst gemeinten Bekämpfung von Fluchtursachen eine effektive Integrationsstrategie im Mittelpunkt. Das heißt vor allem, Integration anzugehen, statt sie auszusitzen oder Leitkultur-Nebelkerzen zu zünden. Gesellschaftliche Teilhabe ist nur mit Spracherwerb und der Übertragung von Rechten möglich. Nur durch ernst gemeinte Integrationsangebote gelangen wir zu einer vielfältigen Gesellschaft, in der ein friedliches Miteinander gelebt wird. Im Gegenzug verlangen wir, dass Menschen, die in Deutschland Schutz und Heimat finden, unser Grundgesetz respektieren. Wer hier glücklich werden will, muss unsere Werte anerkennen.



UMWELTPOLITIK MACHEN INZWISCHEN ALLE PARTEIEN. WOFÜR BRAUCHT ES DIE GRÜNEN NOCH?

Das klimaschädliche CO₂ und hochgiftiges Quecksilber, das unsere Kohlekraftwerke in die Luft blasen, die Gülle und Pestizide und Arzneimittelrückstände, mit denen wir unsere Böden und Gewässer belasten – all das löst sich nicht einfach auf. Es gelangt in unser Trinkwasser, in unsere Atemluft und in unser Essen. Deshalb rücken wir als einzige Partei die Umweltpolitik in den Mittelpunkt – sie definiert unsere Haltung und unser Handeln, wie man auch beim BUND-Wahlcheck nachlesen kann. Ausstieg aus der Kohle. Ausstieg

aus der industriellen Massentierhaltung. Kein Gen-Food. Kein Glyphosat. Förderung von Erneuerbaren Energien, Elektromobilität und Ökolandbau. Das sind unsere Ziele. Die Folgen der Umweltzerstörung treffen vor allem die, die ohnehin schon wenig haben: Menschen in engen Großstadtvierteln mit dreckiger Luft, Menschen, die in Slums leben und deren einfache Häuser von Stürmen oder Flutwellen zerdrückt werden. Wir sind überzeugt: Wer konsequent die Umwelt schützt, kämpft für eine gerechtere und lebenswertere Welt.



Berlin

„Die Verkehrswende muss in allen großen Städten kommen. Wir werden die Mobilität so gestalten, dass sie leicht und günstig, gesund und gerecht ist – und zudem Spaß macht. Die anderen Parteien werden sonst weiter den Stau organisieren.“

Stefan Gelbhaar

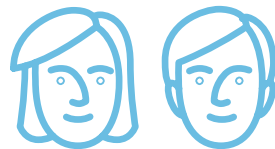
Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses,
Sprecher für Verkehrs-, Medien- und Netzpolitik,
grünes Mitglied seit 2000.
Direktkandidat im Wahlkreis Berlin-Pankow,
Platz 2 auf der Landesliste.

Niedersachsen

„Die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik liegen mir am Herzen. Statt für Abschreckung und Abgrenzung müssen wir uns für den Schutz des Grundrechts auf Asyl und ein Europa der Solidarität einsetzen, damit wiederkehrender Nationalismus und Hass keine Chance haben.“

Filiz Polat

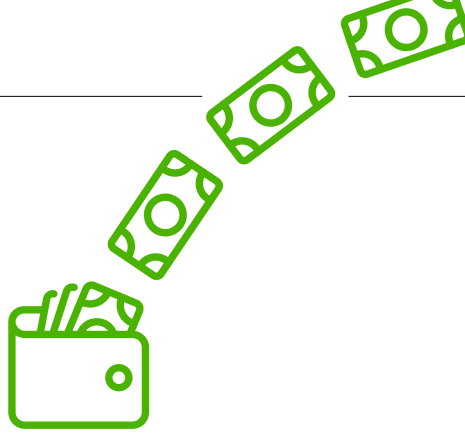
Landtagsabgeordnete Niedersachsen,
grünes Mitglied seit 1996.
Direktkandidatin im Wahlkreis Osnabrück-Land
und Platz 3 der Landesliste.



DER NÄCHSTE POLITISCHE SCHRITT FÜR DIE GLEICHBERECHTIGUNG VON FRAUEN?

Wir wollen den Wandel der Gesellschaft vorantreiben, damit Geschlechtergerechtigkeit selbstverständlich wird. Dass Frauen in unserem Land für gleiche Arbeit noch immer weniger verdienen als Männer, sollte längst der Vergangenheit angehören. Dieser Zustand passt so absolut nicht in unser hochentwickeltes 21. Jahrhundert. Er zeugt auch davon, dass die Große Koalition entweder nicht willens oder unfähig war zu handeln. Ihr beschlossenes Entgelttransparenzgesetz betreibt Augenwischerei – demnach steht nur Frauen in Betrieben mit mehr als 200 Beschäftigten eine Auskunft über die Gehälter zu. Das lässt 60 Prozent der hierzulande

erwerbstätigen Frauen außen vor. Auch die Quotenregelung ist viel zu lasch. Wir verlangen echte Lohnungleichheit – und zwar sofort. Wie soll das funktionieren? Mit einem wirksamen Entgeltgleichheitsgesetz, das per Lohncheck Einblick in die Bezahlung von Betrieben gewährt. Es soll auch in kleinen Betrieben Transparenz herstellen. Wir brauchen zudem ein Bündel an Maßnahmen, die Frauen entlasten. Zum Beispiel eine finanzielle Aufwertung von sozialen Berufen mit hohem Frauenanteil. Auch für die flexiblere Handhabung der Arbeitszeit und eine Umwandlung von prekären Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung machen wir uns stark.



VIELE MENSCHEN KÖNNEN HEUTE VON DEM GELD, DAS SIE VERDIENEN, KAUM LEBEN. WAS UNTERNEHMEN DIE GRÜNEN?

Arbeit ist für die meisten Menschen ein zentraler Bereich ihres Lebens – sie stecken Energie, Lebenszeit und Kreativität in ihre Aufgaben. Doch der Anteil der Menschen, die trotz Arbeit von Armut bedroht sind, hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt – in Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, ist das ein absolutes Unding. **Gegen diese Entwicklung gehen wir Grünen an, indem wir Mindesthonorare für Selbstständige ermöglichen und Familien durch das Familienbudget besser absichern. Erwerbstätige mit geringen Einkommen entlasten wir bei Steuern,**

Abgaben und sozialen Leistungen. Damit sie sich eine angemessene Wohnung leisten können, wollen wir das Wohngeld erhöhen, eine Mietpreisbremse installieren, die funktioniert, und mit einer Million neuen Sozialwohnungen Wohnraum für alle schaffen. Niemand soll Angst vor Altersarmut haben müssen – dafür sorgen wir, indem wir mehr Menschen in den Schutz der Sozialversicherungen einbeziehen, die gesetzliche Rentenversicherung stärken und die steuerfinanzierte grüne Garantierente mit einem Mindestniveau von 850 Euro einführen.

Hamburg

„Wir sind es, die heute so informiert und global vernetzt sind wie nie zuvor und die Digitalisierung und Veränderung der Arbeitswelt nutzen können, um unser Leben familienfreundlicher und stressfreier zu machen. Und wir sind es, die das bunte gesellschaftliche Miteinander in einem aufgeklärten Europa demokratisch weiterentwickeln müssen.“

Jennifer Jasberg

Kreisvorsitzende in Hamburg-Bergedorf,
grünes Mitglied seit 2004.
Direktkandidatin im Wahlkreis Harburg,
Bergedorf, Wilhelmsburg und
Platz 3 auf der Landesliste.



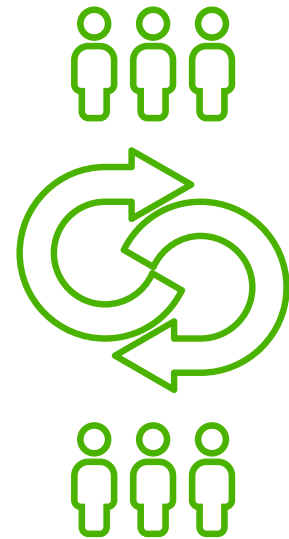


Sachsen-Anhalt

„Selten war ein Eintreten für Demokratie so wichtig wie heute. Unsere Ziele – Klimaschutz, Toleranz, Mitmenschlichkeit – sind in Gefahr und müssen verteidigt werden. Die Politik muss kluge Lösungen finden und frühzeitig alle Menschen in Entscheidungsprozesse einbeziehen.“

Mirko Wolff

grünes Mitglied seit 2016.
Direktkandidat für den Wahlkreis Altmark,
Platz 2 auf der Landesliste.



GUT, DASS DIE GRÜNEN REGIEREN WOLLEN. ABER MIT WEM?

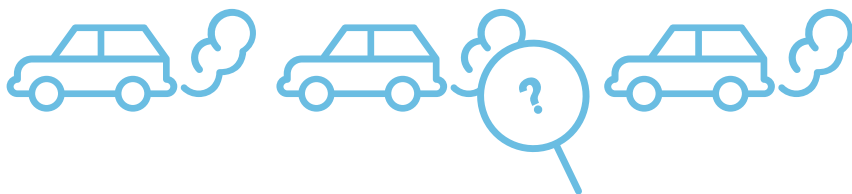
Wir haben zehn Punkte für Grünes Regieren vorgelegt. Wer mit uns koalieren will, der muss bereit sein, bei diesen zehn Vorhaben entschieden mit uns voranzugehen. Wir werden den Klimaschutz voranbringen, E-Autos zum Durchbruch verhelfen, die Landwirtschaft nachhaltig machen. Wir wollen die Integration zum Erfolg machen und Deutschland sicherer machen ohne Bürgerrechte zu opfern. Wir wollen Familien stärken, Europa zusammenführen und mehr soziale Sicherheit. Dafür wollen wir Verantwortung übernehmen und jede Partei, die mit uns koalieren will, muss in diesen Punkten mit uns entschieden vorangehen. Von 1998 bis 2005 haben wir gemeinsam mit der SPD in der rot-grünen Bundesregierung dieses Land modernisiert. Rot-Grün bleibt unsere Wunschkoalition, denn die SPD liegt uns programmatisch immer noch am Nächsten. Aber dafür gibt es nun seit über zehn Jahren keine Mehrheiten mehr. Wenn es dafür nicht reicht, müssen wir sehen, ob wir nicht in anderen Koalitionen grüne Politik durchsetzen können. Wir werden hart verhandeln auf der Grundlage unserer zehn Punkte. Klar ist, wir brauchen kein Revival von Schwarz-Gelb oder erneut eine Große Koalition aus Streit und Stillstand. Wir brauchen Grün.



Das Girokonto, das Bio wachsen lässt

Warum nicht auch beim Banking nachhaltig unterwegs sein?
Willkommen bei der ersten sozial-ökologischen Bank.

glsbank.de



WIE KANN DIE POLITIK DIE AUTOMOBILKONZERNE IN DIE PFLICHT NEHMEN, EHRlich UND NACHHALTIG ZU HANDELN?

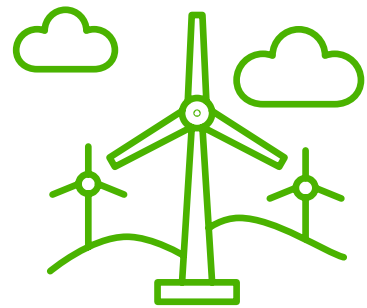
Die Politik muss sich nur trauen – statt sich weiterhin wie die Große Koalition zum Erfüllungsgehilfen der Automobilbosse zu machen. Wir wollen die Automobilkonzerne verpflichten, sämtliche manipulierten Dieselfahrzeuge so umzurüsten, dass sie die Grenzwerte für den Schadstoffausstoß einhalten. Ein Softwareupdate reicht dafür nicht aus. Außerdem müssen die Kommunen die Möglichkeit bekommen, die Mobilität auf ihren Straßen so zu steuern, dass unsere Gesundheit nicht durch Stickoxide und Feinstaub gefährdet wird. Eine blaue Plakette kann helfen, die nur an besonders schadstoffarme Dieselaautos vergeben wird. Wir brauchen unabhängige Kontrollen der Abgaswerte. Auf lange Sicht werden diese Anstrengungen aber nicht ausreichen. Verbrennungsmotoren sind eine veraltete Technologie, die unsere Luft verschmutzt. Während die deutschen Autokonzerne daran noch immer festhalten, wird in China und den USA an der Zukunft gebaut. Auch das macht uns Sorgen. Wir wollen die Automobilkonzerne fordern – und setzen deshalb das klare Enddatum 2030 für den Verbrennungsmotor. Gleichzeitig fördern wir massiv die Entwicklung besserer Batterietechnik und sorgen dafür, dass Spritschlucker wie SUVs eine höhere Kfz-Steuer zahlen.

COUNTDOWN

DIENSTAG, DEN 19.9.

...noch 5 Tage

Gehe viral: Mach mit bei der Social Media Kampagne „Darum Grün“ und layoute dein eigenes Sharepic. Wie das Ganze geht, erfährst du hier: www.darum.gruen.de



WINDKRAFT HAT VIELE ERBITTERTE GEGNER. WIE STEHEN DIE GRÜNEN DAZU?

Ohne Windkraft ist die Energiewende nicht möglich – und damit effektiver Klimaschutz. Denn die Energiewende ist ein zentraler Baustein für den Klimaschutz. Von einer erfolgreichen Energiewende müssen die Menschen in der Region auch wirtschaftlich profitieren – zum Beispiel durch Beteiligung an Bürgerenergiewindparks. Die übergroße Mehrheit der Deutschen ist für einen schnelleren Ausbau von Erneuerbaren Energien. Damit die Energiewende gelingt, braucht es den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, in dem offen über Bedenken gesprochen wird, damit gemeinsam Lösungen gefunden und Widerstände am besten von vornherein vermieden werden können. Deswegen setzen die Grünen gerade bei Windkraft auf eine frühzeitige und wirksame Beteiligung der Gemeinden und transparente Planungsverfahren. So lassen sich auch mögliche Konflikte zwischen Naturschutz und Windkraft lösen. Hochrechnungen ergeben, dass selbst bei einer vollständigen Energieversorgung durch Erneuerbare Energien Windparks gerade mal 2,3 Prozent der Bundesfläche einnehmen würden.

Hessen

„Unwetterkatastrophen, Fluchtbewegungen, die Risiken der Atomkraft – nichts davon stoppt an Landesgrenzen. Ich setze mich für ein Europa ein, das gemeinsam Klimaziele, Menschenrechts-, Flüchtlings- und Einwanderungspolitik definiert und im fairen Interessenausgleich umsetzt.“

Daniela Wagner

Landesvorsitzende Hessen,
grünes Mitglied seit 2013.
Direktkandidatin Wahlkreis Darmstadt,
Platz 1 der Landesliste.

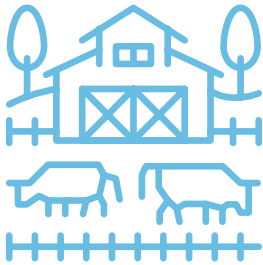


ANZEIGE

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
FINDET **FACHARZT**
HOLGER NEUE WEGE.
WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/holger

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**



WAS WOLLEN DIE GRÜNEN GEGEN MASSENTIER- HALTUNG TUN?

Die industrielle Massentierhaltung verursacht millionenfaches Tierleid. Sie schadet unserer Umwelt und unserer Gesundheit – wie der Skandal um Läusegift in Eiern gezeigt hat. Was wir nicht essen, exportieren wir zu Dumpingpreisen in Länder des globalen Südens, wo wir lokale Märkte zerstören und den Ärmsten ihre Chance auf ein besseres Leben nehmen. Obwohl sich bei vielen Menschen ein Bewusstseinswandel abzeichnet und der Verzehr von Fleisch in Deutschland sinkt, wird immer mehr in den Fleischfabriken unseres Landes produziert – zunehmend für den Export. Wir brauchen deshalb Gesetze für den Stall und nicht für den Küchentisch. Deshalb wollen wir Grüne innerhalb der nächsten 20 Jahre die Massentierhaltung abschaffen sowie per Gesetz eine Landwirtschaft durchsetzen, die ohne Qualzucht, Kükenschreddern und Antibiotikamissbrauch auskommt.

Es ist Zeit für eine grüne Landwirtschaft, ohne Ackergifte, Tierleid und Gentechnik. Anstatt sich von den Lebensmittelkonzernen die Agrarpolitik diktieren zu lassen, wollen die Grünen Grundlagen für eine ökologisch, sozial und ethisch vertretbare Landwirtschaft schaffen. Dafür wollen sie die Bäuerinnen und Bauern ins Boot holen. Mit der Umschichtung europäischer Steuermilliarden sollen Tierschutz und nachhaltige Landwirtschaft auch finanziell attraktiv werden. Zudem soll es eine klare Kennzeichnung aller tierischen Produkte nach dem erfolgreichen Eiervorbild geben. So weiß man, woher die Tiere stammen und wie sie gehalten wurden. Das ermöglicht letztlich eine bewusste, verantwortungsvolle Kaufentscheidung und bereitet den Weg für einen wirklichen Wandel.

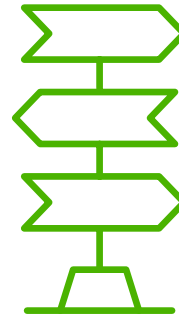


COUNTDOWN

MITTWOCH, DEN 20.9.

...noch 4 Tage

Werde zum Wahlplakat: Trage dein grünes Statement-Shirt und zeige Flagge: für Grün, für Toleranz, für das Klima. Wenn du keines hast, trage einfach was Grünes. Und hier kannst du bestellen: www.spreadshirt.gruene.de



WIE STEHEN DIE GRÜNEN ZU CETA, TTIP UND CO.?

Das Kleid kommt aus Bangladesh, der Kaffee aus Ecuador, das Smartphone aus China: Nie zuvor war die Welt so klein und die Möglichkeiten so groß. Doch nicht jeder profitiert vom weltweiten Handel. Deswegen sind wir mit Hunderttausenden in Deutschland und Europa gegen CETA und TTIP auf die Straße gegangen. Wir werden alles dafür tun, damit CETA in dieser Form nicht ratifiziert wird, denn es braucht einen grundsätzlichen Neustart dieser Handelsabkommen. Sie sollten Umwelt-, Datenschutz und Arbeitsnormen sowie Menschenrechte international sichern und Verbraucherinnen und Verbraucher schützen. Zudem müssen die reichen Länder verantwortungsbewusst mit den Entwicklungsländern umgehen. Auch Unternehmen, die gegen die Regeln des fairen Handels und Wettbewerbs verstoßen, müssen zur Verantwortung gezogen werden. Damit nicht die Bilanzen einiger weniger Konzerne, sondern Menschen und ihre Bedürfnisse im Mittelpunkt stehen, müssen Handelsabkommen transparent verhandelt werden. Dann kann Globalisierung wirklich für alle wertvoll werden.



WEN BETRIFFT DIE VERMÖGENSSTEUER?

Wir sind der Meinung, dass Superreiche stärker dabei helfen können und sollen, Deutschland voranzubringen. In den meisten Fällen haben sie sehr stark von der Gesellschaft profitiert, in der sie leben. Wir treten dafür ein, dass die Megaver mögenden nun auch etwas mehr zurückgeben sollen, als bisher. Marode Schulen beispielsweise sind ein No-Go in einem so reichen Land. Deswegen: Für eine verfassungsfeste, ergiebige und umsetzbare Vermögenssteuer, die ausschließlich für mehrfache Millionäre gelten soll. Dass eine überwältigende Mehrheit in Deutschland sich mehr Gleichheit wünscht, haben Forscher der Universität St. Gallen kürzlich in einer repräsentativen Untersuchung herausgefunden. **Der sogenannte Gini-Koeffizient gibt Aufschluss über die Vermögensverteilung: 0 Prozent bedeuten, dass alle gleich viel besitzen, 100 Prozent hingegen, dass eine Person alles besitzt, alle anderen nichts. In Deutschland liegt die aktuelle Kennzahl bei 74 Prozent. Der gewünschte Idealwert? Niedrige 17 Prozent!**



SCHWÄCHT GRÜNE UMWELT- POLITIK DIE WIRTSCHAFT?

Egal, wie oft das Argument aus der Mottenkiste geholt wird, es wird dadurch nicht richtiger. Unzählige Unternehmen, die mit grünen Innovationen schwarze Zahlen schreiben, beweisen das Gegenteil. Grüne Umweltpolitik schafft wirtschaftliche Dynamik und Arbeitsplätze: Jede Milliarde, die beispielsweise in die energieeffiziente Sanierung von Gebäuden investiert wird, schafft durchschnittlich 10.000 neue Arbeitsplätze. Grüne Umweltpolitik schafft aber auch Anreize für Investitionen und Planungssicherheit für Unternehmen. Klimaschutzmaßnahmen können laut einer Studie von PricewaterhouseCoopers die Bevölkerung und die Wirtschaft deutlich stärker entlasten, als sie kosten würden. **Eine grüne Wirtschaftspolitik verstärkt den bereits existierenden Job-Boom in der Umweltbranche. Durch den konsequenten Abbau umweltschädlicher Subventionen schaffen wir Spielräume für dringend benötigte Investitionen in moderne Infrastruktur und Mobilität, in Energieeinsparung und energieeffizientes Bauen, in Bildung, Forschung und Innovation.** Wir Grünen wollen eine ökologisch und ökonomisch erfolgreiche Wirtschaft, die immer weniger Rohstoffe verbraucht und unsere natürlichen Lebensgrundlagen erhält.

Bayern

„Die Probleme von Ballungsgebieten und ländlichem Raum müssen zusammen gelöst werden. Wir nehmen den Druck auf die Städte wegen zu hoher Mieten, zu wenig Kita- und Schulplätzen, zu vollen Bussen und Bahnen nicht, wenn wir keine bessere Politik für das Land machen.“

Manuela Rottmann

Bezirksvorsitzende Unterfranken,
grünes Mitglied seit 1991.
Direktkandidatin im Wahlkreis Bad Kissingen,
Platz 7 der Landesliste.

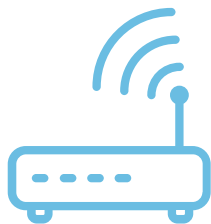
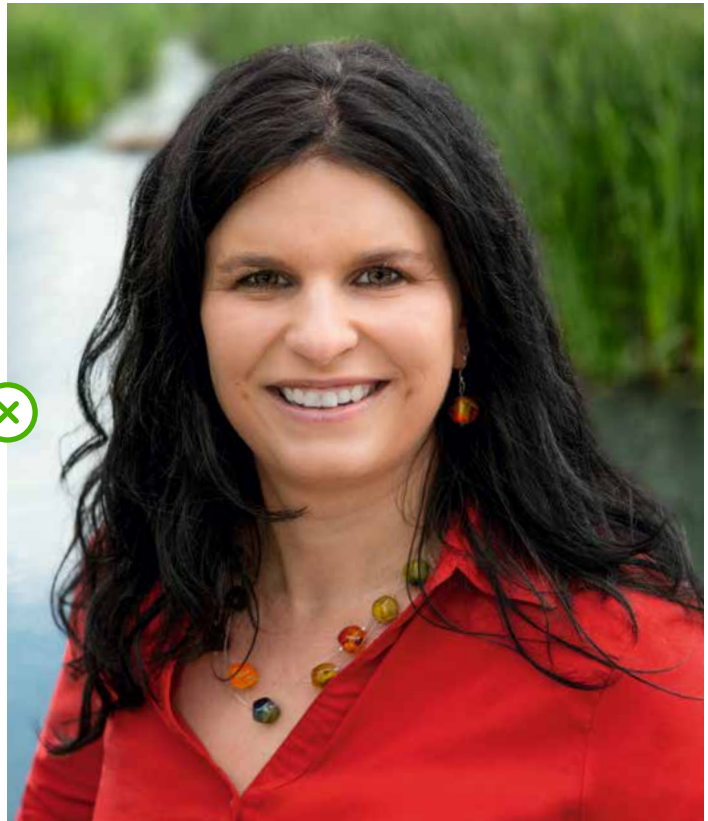


Saarland

„Ich wünsche mir eine Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur lebt. Dazu gehört, dass unsere Lebensmittel wieder häufiger aus kleinen landwirtschaftlichen Betrieben stammen, die ohne Massentierhaltung auskommen.“

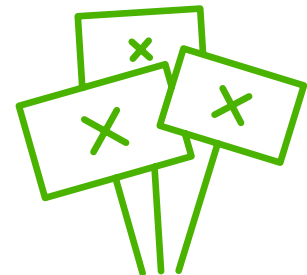
Tina Schöpfer

Landesvorsitzende Grüne Saar,
grünes Mitglied seit 2003.
Platz 2 der Landesliste.



WELCHE WEICHEN STELLEN DIE GRÜNEN FÜR DIE DIGITALISIERUNG?

Man möchte es vielleicht nicht glauben, aber viele Gegenden Deutschlands sind sozusagen Entwicklungsland in puncto Digitalisierung. Viele Menschen können an ihr nicht teilhaben, weil die Infrastruktur noch immer versagt. Dabei betrifft sie uns bereits heute in allen Bereichen des täglichen Lebens, im Privaten wie im Job oder beim Arztbesuch. Und morgen? Damit die Zukunft nicht nur in den Großstädten stattfindet, müssen wir jetzt in einen flächendeckenden Breitbandausbau auf Glasfaserbasis investieren. Wir Grünen wollen die Digitalisierung aktiv gestalten: Sie bietet enorme Chancen, den Ressourcen- und Materialverbrauch zu verringern, indem zum Beispiel Energieverbrauch und Produktionsprozesse intelligent gesteuert werden. Wir setzen uns für echte Netzneutralität ein, die Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb ist. Der Schutz unserer Daten muss immer gewährleistet werden. Monopolartige Strukturen wollen wir durch eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Kartellrechts verhindern. Um den Mittelstand für die Digitalisierung fit zu machen, wollen wir ein IT-Beratungsnetzwerk einrichten, das anbieterunabhängige Verbesserungsvorschläge gibt und den Unternehmen hilft, sich zukunftsfähig aufzustellen.



SIND DIE GRÜNEN EINE VERBOTS- PARTEI?

Nein. Politik hat die Aufgabe, den Rahmen für gesellschaftliches Zusammenleben zu setzen. Dafür braucht es Regeln. Diese Regeln beinhalten zwangsläufig auch Verbote. Ein Beispiel: Ein Rauchverbot in Kneipen verteidigt die Freiheit des Nichtraucherers, ein Fracking-Verbot schützt unser Grundwasser. Übrigens: Jede Partei hat Verbote (also: Regeln) in ihrem Programm. Die Grünen wollen Tierquälerei verbieten. Die CSU hingegen will zum Beispiel syrischen Flüchtlingen verbieten, ihre Kinder nachzuholen.

Thüringen

„Solar, Wind, Bioenergie, Erdwärme –
ich setze mich für den Ausbau
erneuerbarer Energien ein. Mein Ziel?
Die Möglichkeit, unabhängig
und frei von großen Konzernen – und
am besten in Bürgerhand –
Strom vor Ort zu produzieren.“

Roberto Kobelt

Landtagsabgeordneter und Fraktionssprecher,
grünes Mitglied seit 2003.
Direktkandidat im Wahlkreis Schmalkalden-Meiningen,
Hildburghausen, Sonneberg, Suhl
und Platz 2 der Landesliste.



Unsere Karriereleiter führt den Turm hinauf

Die Beschäftigtenquote der Windbranche stieg in den letzten 10 Jahren um 74 Prozent. Damit ist sie der größte Arbeitgeber unter den Erneuerbaren. 140.000 Beschäftigte arbeiten in der Branche. Damit es künftig mehr werden, braucht der Mittelstand einen politischen Rahmen für neue Geschäftsideen zur Verwendung von Windstrom.

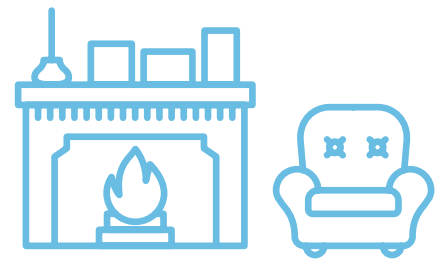


Mecklenburg-Vorpommern

„Klimaschutz ist für mich das entscheidende Thema, wenn es um Generationengerechtigkeit geht. Dafür möchte ich eine Arbeits- und Wirtschaftswelt schaffen, in der ressourcenschonend und menschenorientiert gearbeitet wird und gute Löhne gezahlt werden.“

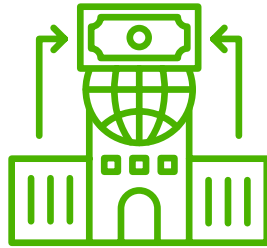
Claudia Müller

Landesvorsitzende Mecklenburg-Vorpommern,
grünes Mitglied seit 2011.
Direktkandidatin im Wahlkreis Vorpommern-Rügen
und Vorpommern-Greifswald I,
Platz 1 der Landesliste.



WIE WOLLEN DIE GRÜNEN ES SCHAFFEN, DASS ALLE VON IHRER RENTE LEBEN KÖNNEN?

Selbstbestimmt und in Würde leben, entspannt und ohne finanzielle Sorgen. So stellen sich die meisten ihren Lebensabend vor. Doch viele können sich diesen Wunsch nicht erfüllen, weil ihre Rente einfach nicht reicht. Die gesetzliche Vorsorge hat keinen guten Ruf, dabei ist sie immer noch die mit Abstand wichtigste Säule der Alterssicherung. Um das Vertrauen in die gesetzliche Rente wieder zu stärken, darf das Niveau nicht weiter sinken – eines der Hauptanliegen der Grünen. Das eingezahlte Geld muss den ausgezahlten Leistungen entsprechen. Wir wollen die Rentenversicherung zur Bürgerversicherung weiterentwickeln, in die auch Beamte, Abgeordnete, Selbstständige, Minijobber und Langzeitarbeitslose entsprechend ihres Einkommens einbezogen werden. Eine Garantierente, die oberhalb der Grundsicherung liegt, verhindert zudem Altersarmut. Parallel dazu muss die private und betriebliche Altersvorsorge attraktiver werden. Frauen, die im Alter immer noch besonders häufig von Armut betroffen sind, brauchen eine bessere Absicherung. Und wir wollen, dass jeder selbst entscheiden kann, wann er in Rente geht.



WIE REALISTISCH IST ES HEUTE, BANKEN UND GROSSKONZERNE IN DIE VERANTWORTUNG ZU NEHMEN?

Schuldenbremse, Finanztransaktionssteuer, Transparenzregister – die Begriffe klingen sperrig, das Regelwerk dahinter würde aber helfen, den Wohlstand und die Risiken auf dieser Welt gerechter zu verteilen. Wir wollen Banken dazu verpflichten, ihre Geschäfte mit mehr Eigenkapital zu finanzieren, damit sie sich nicht mehr gefährlich hoch verschulden und am Ende die Lasten aus Steuergeldern getragen werden. Wir wollen den Hochfrequenzhandel, bei dem Computer nach Algorithmen selbstständig und in Millisekunden Börsentransaktionen abwickeln, mit einer Steuer auf Finanztrans-

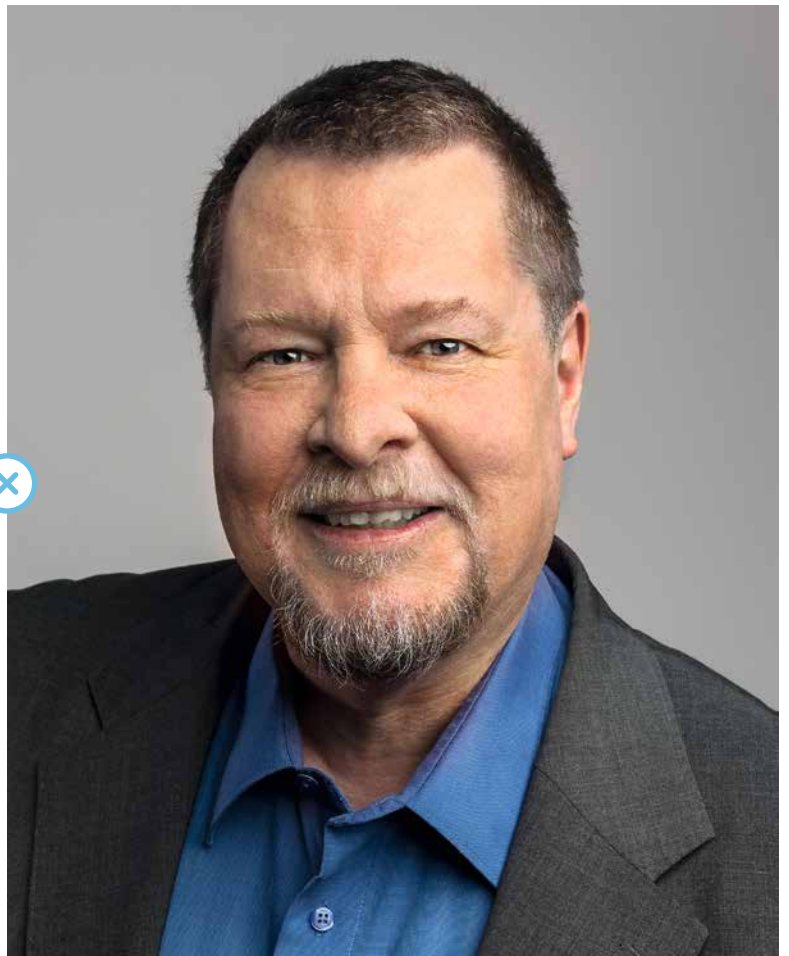
aktionen ausbremsen. Wir wollen Briefkastenfirmen durch mehr Transparenz die Grundlage entziehen. Und wir wollen verhindern, dass Firmen Millionengehälter auch noch steuerlich absetzen können. **Wir kämpfen für international verbindliche Steuerpflichten von Unternehmen, damit Amazon seinen Beitrag ebenso leistet, wie es die Buchläden an der Ecke heute schon tun. Diese Regeln machen die Wirtschaft nicht kaputt, sondern lassen mehr Menschen von ihr profitieren.**

Brandenburg

„Damit wir morgen alle gesund, auskömmlich und friedlich leben können, müssen wir wieder zu einer solidarischen Gesellschaft finden – mit breiter Beteiligung aller am Erhalt der sozialen Sicherung, der Bildungsoffensive und der Verteilung der Arbeit auf mehr Menschen.“

Gerhard Kalinka

Mitglied des Kreisvorstandes Teltow-Fläming, grünes Mitglied seit 2003.
Direktkandidat im Wahlkreis Teltow-Fläming und Landkreis Dahme-Spreewald, Platz 2 der Landesliste.



Schleswig-Holstein

„Ich wünsche mir, dass wir in Zukunft gesünder leben können – mit sauberer Luft, natürlichem Essen, Strom aus Wind und Sonne. Dazu gehört unbedingt eine Wirtschaft, die durch grüne Technologien wieder Vorreiter wird.“

Ingrid Nestle

Bis Juni Staatssekretärin, derzeit ohne Funktion, grünes Mitglied seit 2001.

Direktkandidatin im Wahlkreis Steinburg, Süddithmarschen, Bad Bramstedt und Platz 3 der Landesliste.



ANZEIGE

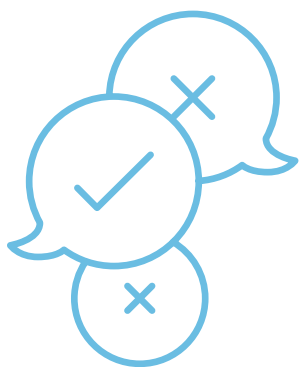


Keine Chance für dicke Luft: Getränkekartons werden aus Holz hergestellt, das aus verantwortungsvoll bewirtschafteten Wäldern stammt. Trotz Recycling verursachen Einweg-Plastikflaschen deutlich mehr CO₂ als ökologisch vorteilhafte Getränkeverpackungen. www.karton-natuerlich.de

Das Umweltbundesamt empfiehlt den Kauf von Mehrwegflaschen und ökologisch vorteilhaften Getränkekartons.

**KARTON,
NATÜRLICH!**

Eine Initiative des Fachverband
Kartonverpackungen für flüssige
Nahrungsmittel e.V.
FKV



WIE PASSEN DIE FORDERUNGEN DER GRÜNEN IN DER SOZIALPOLITIK DAZU, DASS SIE HARTZ IV MIT EINGEFÜHRT HABEN?

Die Reform wurde zusammen mit einem Paket an Maßnahmen beschlossen, als die Arbeitslosenzahl ein Rekordniveau von fünf Millionen Menschen erreicht hatte. Dass wir heute nahezu Vollbeschäftigung in Deutschland haben, geht auch auf das Konto der damals angestoßenen Sozialreformen. Gleichwohl sind wir uns bewusst, dass Hartz IV Mängel aufweist und nachjustiert werden muss. Deshalb, und weil wir Politik auch als Prozess verstehen, haben wir auf der Bundesdelegiertenkonferenz im November 2016 für die Rücknahme der Hartz-Sanktionen gestimmt. Niemand soll unter die Bezugsgrenze für ein menschenwürdiges Existenzminimum fallen. In der Arbeitsmarktpolitik waren wir die ersten, die einen gesetzlichen Mindestlohn gefordert haben – hier wollen wir nun erreichen, dass alle Ausnahmeregelungen gestrichen werden. Auch beim Arbeitslosengeld II muss nachgebessert werden – der Regelsatz muss neu berechnet und erhöht werden.



WAS NÜTZT ES DEM KLIMA, WENN WIR IN DEUTSCHLAND HANDELN?

Wir erleben erneut einen Sommer voller Unwetter, Starkregen und Hitzewellen. 2016 war das heißeste Jahr – das ist der dritte Rekord in Folge seit der Wetteraufzeichnung. Das Polareis schmilzt schneller als befürchtet, der Meeresspiegel steigt schneller als gedacht. Die Klimakrise wartet nicht darauf, bis alle mitmachen. Es braucht Länder, die vorangehen und jetzt den Ausstoß von Treibhausgasen wirksam und nachhaltig verringern. Nur so kann die Erderwärmung wie im Pariser Abkommen vereinbart auf deutlich unter zwei Grad Celsius begrenzt und die weltweite Klimakatastrophe abgewendet werden. Klimaschutz lohnt sich auch betriebswirtschaftlich und stärkt den Wirtschaftsstandort Deutschland. Denn der globale Wettbewerb um die besten Technologien von morgen hat längst begonnen. Wir sehen Deutschland in einer Vorreiterrolle: Ausstieg aus der klimafeindlichen Kohle mit sofortiger Abschaltung der 20 schmutzigsten Kraftwerke, damit Deutschland seine Klimaschutzziele bis 2020 noch einhalten kann. Einstieg in saubere Technologien, Einführung eines Klimaschutzgesetzes, das die deutschen Reduktionsziele rechtsverbindlich festlegt. Nicht nur die Stromversorgung wird dann bis 2030 zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gedeckt werden, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudesektor schalten ebenfalls bis 2050 ausschließlich auf Erneuerbare Energien um.

COUNTDOWN

DONNERSTAG, DEN 21.9.

...noch 3 Tage

Gib alles: In den letzten 42 Stunden des Wahlkampfes schicken wir unsere Spitzenkandidaten auf einen 16-Länder-Marathon. Unterstütze ihren Endspurt tatkräftig und finanziell. Happenings, Termine und Spendenkonto findest du unter:
www.gruene.de/deine-spende



COUNTDOWN

FREITAG, DEN 22.9.



...noch 2 Tage

Helft mit, die letzten Botschaften in Eure Freundeskreise, Timelines und Pinnwände zu verbreiten. Teilt Bilder auf Facebook, retweetet unsere Tweets und lasst uns viele Herzen auf Instagram da. Mehr dazu: gruene.de/endspurt



WIE KÖNNEN DIE GRÜNEN IN SACHEN INNERER SICHERHEIT ÜBERZEUGEN?

Wir bekennen uns ganz ausdrücklich zu einer starken Polizei. Der Stellenabbau in den vergangenen Jahren war ein Fehler. Wir wollen erreichen, dass die Polizei in Zukunft personell wieder besser aufgestellt ist, und fordern eine moderne und zeitgemäße Ausstattung und gute Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen. Dazu gehören gute Karrierechancen und familienfreundliche Arbeitsbedingungen. Wir wollen eine bürgernahe Polizei, die dafür sorgt, dass es in Städten keine nächtlichen Angstzonen mehr gibt. Denn im Ernstfall schützt nämlich sie die Menschen – und nicht Videokameras. Eine flächendeckende Kameraüberwachung, die alle unter Pauschalverdacht stellt, ist so unangebracht wie der viel diskutierte Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Die Menschen brauchen keine Symbolpolitik in Form neuer, drastischer Gesetze. Stattdessen helfen gezielte Ermittlungen, präventive Maßnahmen, ein erschwerter Zugang zu Waffen und die wirksame Anwendung der bestehenden Gesetze.



WAS UNTERNEHMT IHR GEGEN DAS ERSTARKEN DER RECHTS- POPULISTEN?

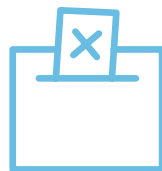
Menschenverachtenden Parolen, die sich gegen einzelne Gruppen richten, zeigen wir die rote Karte! Egal, ob dabei Musliminnen, Homosexuelle, Schwarze, Juden, Journalistinnen, Geflüchtete oder Politiker angegriffen werden: Wir dulden keine Aufpeitscher oder gefährliche Faktenverdreher, die versuchen, auf dem Rücken von Minderheiten ihre Politik zu machen, die an Lösungen für ein friedliches Miteinander gar nicht interessiert sind, sondern bewusst Zwietracht säen. Kein Wunder, dass AFD und Co. uns deshalb als ihr Feindbild identifiziert haben. Diese perfide Strategie entlarven wir und scheuen nicht die inhaltliche Auseinandersetzung. Das gilt insbesondere fürs Internet. Wir waren die ersten, die Hate Speech als Problem identifiziert und öffentlichen Druck aufgebaut haben, um Facebook und Co. zum Löschen von strafbaren Kommentaren zu bewegen. Leider hat die Große Koalition nur ein unausgeglichenes Gesetz vorgelegt. Es braucht natürlich viel weitergehende Maßnahmen, um menschenfeindlichen, rechtsextremistischen Strömungen den Nährboden zu entziehen: eine Präventionsstrategie gegen Radikalisierung, eine gezieltere Forschung und viel mehr Engagement auf EU-Ebene. Unsere Gesellschaft ist bunt und Hass ist keine Meinung!

„Es gibt keinen Planet B.
Umwelt- und Naturschutz
sind keine Luxusthemen.

Der Schutz unserer
Lebensgrundlagen hat
oberste Priorität! Dazu
gehören nicht nur
Kreislaufwirtschaft ohne
Ressourcenverschwendung
und moderne Mobilität,
sondern auch, dass
die Menschen weniger
arbeiten und mehr teilen.“

Jutta Paulus

Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz,
Sprecherin der BAG Energie,
grünes Mitglied seit 2009.
Platz 9 der Landesliste.



DIE WAHL IST SO GUT WIE ENTSCIEDEN – WARUM SOLL ICH TROTZDEM HINGEHEN?

Zwar liegt Merkel in allen Umfragen deutlich vor der SPD. Aber gerade das Rennen um Platz drei bleibt spannend und ist dieses Mal entscheidend. Mit aller Kraft kämpfen wir dafür, deutlich besser abzuschneiden als die FDP. Warum? Nur wenn wir nach der Wahl auf dem Siebertreppchen stehen, haben wir eine reelle Chance, unsere Inhalte einzubringen und unsere Forderungen durchzusetzen. Darum geht es. Nur wir verhindern eine drohende anti-ökologische und unsolidarische Politik von Schwarz-Gelb – und können allen zeigen,

wohin die Reise geht: Nämlich in Richtung pro-europäisches, gerechtes und klimafreundliches Deutschland. Schluss mit Lebensmittelskandalen und Gammelfleisch, Schluss mit schlechter Luft in unseren Städten, Dieselabsprachen und Kuschelpolitik für Konzerne, die uns alle letzten Endes teuer zu stehen kommt. Lasst uns gemeinsam alles für Platz drei geben, damit wir Grünen bei der Wahl das Zünglein an der Waage werden – die Kraft, die den Ausschlag gibt.



WIE SORGEN DIE GRÜNEN FÜR EIN GERECHTERES STEUERSYSTEM?

Steuern tragen unser Gemeinwesen. Sie sind auch ein wichtiges Korrektiv, wenn die Wohlstandsverteilung aus den Fugen gerät. Eine im Juli 2017 durchgeführte Umfrage von Spiegel Online und Civey ergab ein bemerkenswertes Ergebnis: Mehr als drei Viertel der 5.030 Befragten finden, dass die Früchte der ökonomischen Gutwetterlage ungerecht verteilt werden. Es muss endlich zur Selbstverständlichkeit werden, dass große Konzerne, wie beispielsweise Apple oder Google, ihre Steuern auch in den Ländern zahlen, wo sie Kasse machen. Ein gerechteres Steuersystem ist überfällig und trägt dazu bei, dass der soziale Frieden in unserem Land gewahrt bleibt. Wir Grünen haben eine Vielzahl an Maßnahmen entwickelt, die unser Steuersystem gerechter machen und so die Ungleichheit reduzieren. Wir treten für eine Vermögenssteuer ein (§ 15). Wir wollen kleine und mittlere Einkommen durch eine Erhöhung des Grundfreibetrags deutlich entlasten – dafür soll der Spitzensteuersatz oberhalb von 100.000 Euro erhöht werden. Jung- und Kleinunternehmer sollen es spürbar leichter haben. Zinsen und Renditen müssen mindestens genauso hoch wie reelle Arbeit besteuert werden.

COUNTDOWN

SAMSTAG, DEN 23.9.



...noch 1 Tag

Sei persönlich: Telefoniere dein Telefonbuch durch und erkläre, warum es Sinn macht, Grün zu wählen. Spreche die Themen an, die dein Gegenüber besonders interessieren. Schick denjenigen, die du nicht erreichst, eine SMS. Vorschläge für Texte gibt es hier: gruene.de/endspurt

Bremen

„Ich bin überzeugt, dass die radikale Gleichberechtigung der Geschlechter, Behinderter und Nicht-Behinderter, Junger und Alter ein besseres Leben aller zur Folge hat. Und dass eine echte inklusive Gesellschaft wirksam gegen rechte, ausgrenzende Strömungen ist.“

Kirsten Kappert-Gonther

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende,
Sprecherin für Gesundheits-,
Religions- und Kulturpolitik,
grünes Mitglied seit 2002.
Direktkandidatin für den Wahlkreis Bremen,
Platz 1 der Landesliste.





Baden-Württemberg

„Ich möchte, dass in der Demokratie alle mitmachen. Deswegen setze ich mich dafür ein, dass wir auch auf Bundesebene über wichtige Themen direkt abstimmen können.“

Anna Christmann

Kreisverband Stuttgart,
grünes Mitglied seit 2003.
Direktkandidatin im Wahlkreis Stuttgart II,
Platz 11 auf der Landesliste.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

NEUERSCHEINUNGEN



Tim Jackson
Wohlstand ohne Wachstum – das Update
Grundlagen für eine zukunftsfähige Wirtschaft

oekom Verlag, 1. Auflage,
München 2017, 19,95 €

Die aktuelle wie fundierte Analyse der Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrisen und des ungebrochenen Strebens nach Wachstum legt den Fokus auf die ganze Welt und schildert die Chancen und Herausforderungen einer Postwachstumsgesellschaft, welche die ökologischen Grenzen unseres Planeten nicht überschreitet und trotzdem im Wohlstand lebt.



Wirtschaft im Zukunfts-Check
So gelingt die Grüne Transformation

oekom Verlag, 1. Auflage,
München 2017, 19,95 €

Armut und Arbeitslosigkeit zu bekämpfen sowie gleichzeitig den Klimawandel ist die Herausforderung unserer Zeit. Deutschland versucht das und geht den Weg einer grünen Transformation der Wirtschaft. Die Energiewende macht es vor, wie man in einer erfolgreichen Exportnation aus der Nutzung fossiler Energieträger aussteigen und darüber hinaus Arbeitsplätze schaffen kann. Das Buch zeigt den aktuellen Stand der Nachhaltigkeit in den verschiedenen Sektoren der Wirtschaft in Deutschland, verbunden mit einem Blick in die Zukunft.

Bestellung: boell.de/publikationen

11. September, 11.00 - 14.00 Uhr
Glaskasten im ExRotaprint, Berlin

Geteilte Räume

Strategien für mehr sozialen und territorialen Zusammenhalt

Präsentation des Berichts der Fachkommission
«Räumliche Ungleichheit»

mit Rainer Danielzyk, Silke Franz, Martin Kronauer, Cornelia Lüddemann - MdL, Klaus Habermann-Nieße, Annette Quast u.a.

www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung
Die grüne politische Stiftung

Schumannstr. 8
10117 Berlin



MACHEN ERNEUERBARE ENERGIEN DEN STROM FÜR UNS ALLE TEURER?

Nein, das Gegenteil ist der Fall: Strom von neuen Windkraft- und Solaranlagen ist heute günstiger als Kohle- oder Atomstrom. Die Strompreise sind gestiegen wegen Altlasten, Kohlestromüberschüssen und weil die Kosten der Energiewende ungerecht verteilt sind. **Bislang zahlen Privathaushalte und Mittelstand über ihre Stromrechnungen für Großbetriebe mit. Doch gerade die, die über ein großes Budget verfügen, bekommen jedes Jahr über sechs Milliarden Euro erlassen. Und dieses Geld fehlt dann für den Ausbau**

Erneuerbarer Energien, der deshalb immer teurer wird. In Deutschland wird bereits ein Drittel des Stroms aus Erneuerbaren Energien erzeugt. Die Energiewende ist aber erst dann gelungen, wenn Strom auch für jeden bezahlbar ist. Über Mieterstrommodelle oder eine eigene Solaranlage auf dem Dach (ohne die EEG-Umlage zahlen zu müssen) könnte jeder von billigem Ökostrom profitieren und selbst aktiv werden.

Nordrhein-Westfalen

„An die soziale Schieflage in unserem Land möchte ich mich nicht gewöhnen! Soziale Sicherheit muss uns mehr wert sein. Dazu gehört auch eine bessere Bezahlung in der Erziehung, Gesundheit, Pflege und Sozialarbeit.“

Sven Lehmann

Landesvorsitzender Nordrhein-Westfalen,
grünes Mitglied seit 1999.
Direktkandidat im Wahlkreis Köln II,
Südliche Innenstadt, Lindenthal, Rodenkirchen
und Platz 4 der Landesliste.



Illustrationen: Ralf Schmitzer, Daniele Catalanotto, Yu Luck, Verve-s, Vladimir Belochkin, Oksana Latysheva, Matias Porta Lezcano, Becirs, Gregor Cresnar, Tomasz Pasternak, Made by Made, Ben Davis, Creative Mania, Anil, Iconspire von The Noun Project.

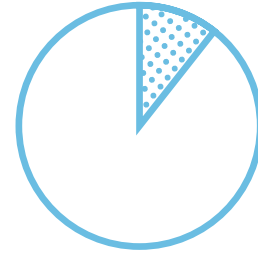


Sachsen

„Ich brenne für gerechte Gesundheits- und Sozialpolitik, damit unsere Gesellschaft wieder stärker zusammenwächst. Dabei schaffen wir durch Transparenz und Teilhabe Vertrauen in die Politik.“

Meike Roden

Stadträtin in Chemnitz,
grünes Mitglied seit 2013.
Direktkandidatin in Chemnitz
und Platz 3 der Landesliste.



WAS TUN GEGEN DEN VORWURF, DASS GRÜNE POLITIK SICH NUR UM MINDERHEITEN KÜMMERT?

Unser Programm richtet sich an alle Menschen. Wir stehen dafür ein, eine bunte, friedliche und vielfältige Gesellschaft zu gestalten. Aber setzen wir deshalb die Mehrheit zurück? Natürlich nicht! Schließlich ist die Ehe doch nicht auf einmal weniger Wert, wenn endlich alle heiraten dürfen. Teilhabe und Fairness schaffen ein gesellschaftliches Klima des Miteinanders. Und der Umgang mit den schlechter Gestellten ist ein wichtiger Gradmesser dafür, wie gut eine Demokratie funktioniert. Den Vorwurf, wir würden uns zu wenig für die Allgemeinheit interessieren, können wir nicht gelten lassen. Und wer es noch immer nicht verstanden hat, den verweisen wir auf unsere Umweltpolitik: Denn welche Partei setzt sich so nachhaltig und energisch für saubere Luft, sauberen Boden und sauberes Wasser, diese eminenten Allgemeingüter, ein wie wir?

ANZEIGE

Nur mit uns geht es aufwärts beim Klimaschutz.

Rund 35 Prozent des deutschen Strombedarfs decken die Erneuerbaren Energien. Die Politik muss aktiv werden, damit die Energiewende endlich auch im Verkehrs- und Wärmemarkt beginnen kann.



 **BWE**
Bundesverband WindEnergie



WIE SEHEN DIE GRÜNEN DIE ZUKUNFT VON EUROPA?

Brexit, Orban, Polen: Nationalistische Tendenzen stellen die EU auf eine harte Bewährungsprobe. Auch eine einseitige Sparpolitik und der schulmeisterliche Drill Deutschlands haben die Gräben innerhalb Europas vertieft. Wir wollen Europa gegen den Rückfall in nationale Egoismen verteidigen. Zum einen, weil wir von der Idee eines vereinten, friedlichen Europas zu tiefst überzeugt sind, zum anderen, weil man die ganz großen Probleme besser gemeinsam anpackt: Terrorismus, Fluchtursachen, Steuerbetrug und Korruption können wir viel effektiver mit unseren europäischen Nachbarn bekämpfen. **Damit das gelingt, haben wir einen „Green New Deal“ für Europa ausgearbeitet, der insbesondere junge Menschen in Europa unterstützt. Durch Investitionen in die Arbeitsplatzmotoren Digitalwirtschaft und Umwelttechnologien sollen Perspektiven geschaffen werden, die zum europäischen Zusammenwachsen beitragen.** Und wir treten für eine Stärkung des Parlaments ein, damit die EU wieder näher an ihre Bürgerinnen und Bürger rückt.

Spitzenkandidat

„Wir sind bereit,
Verantwortung zu übernehmen
und dieses Land zu
erneuern! Mit Augenmaß
und mit klarem
Kompass. Wir glauben an die
Kraft von Ideen. Wir
sehen Chancen dort, wo
andere ausschließlich
Gefahren entdecken. Zukunft
wird aus Mut gemacht!
Los geht's!“

Cem Özdemir

Mitglied des Deutschen Bundestages und
Bundesvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
seit 1982 grünes Mitglied.
Spitzenkandidat für die Bundestagswahl.

COUNTDOWN

SONNTAG, DEN 24.9.



HEUTE!

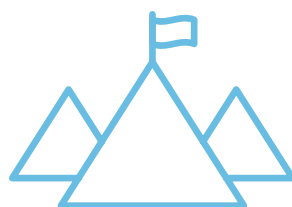
Geh wählen. Wähl grün.



WIR KÖNNEN NICHT ALLES – ABER DEN UNTERSCHIED MACHEN.

Daher mein dringender Appell an euch: Bleibt bitte dran und gebt alles, gerade auf den letzten Metern! In den drei Tagen vor der Wahl kann noch vieles passieren. Am 17. September machen wir noch einen Parteitag, um den Endspurt einzuleiten. Die letzten 42 Stunden touren Katrin und Cem durch alle Bundesländer. Und auch ihr könnt noch eine Menge machen: Ob ein Anruf bei einer Freundin oder ein Besuch beim Nachbarn – im Heft haben wir einige Vorschläge für euch gemacht. Nur mit Grün gibt es Umweltschutz und Gerechtigkeit. Mit vereinten Kräften stellen wir die Weichen auf Integration, auf Zusammenhalt in der Gesellschaft und in Europa. Wir bestimmen die Richtung in diesem Land mit! Davon bin ich überzeugt! Das wollen wir am 24. September feiern!

Euer Michael



TERMINE

9. September:

„Wir haben es satt“ Demo,
Königs Wusterhausen

Infos hier:

wir-haben-es-satt.de/start/home/

17. September:

Wahlparteitag, Gasometer, Berlin

In der heißen Wahlkampfphase ist unser absolutes Highlight der Wahlparteitag in Berlin. Hier wollen wir für den Endpunkt mobilisieren und über die großen Zukunftsaufgaben in den nächsten vier Jahren debattieren. Denn wir wollen anpacken statt aussitzen! Wir würden uns freuen, viele von euch an diesem Tag in Berlin zu sehen, damit wir gemeinsam ein klares Signal senden.

22. September:

Auftakt für Endspurt, Berlin

22. – 24. September:

Endspurt-Marathon

In den letzten 42 Stunden des Wahlkampfes schicken wir das Spitzenduo auf einen 16-Länder-Marathon. Das Ziel: Mindestens 16 Termine in 42 Stunden. Vom Brötchen oder Äpfel verteilen am frühen Morgen über öffentliche Frühstücke, Verteilaktionen in Fußgängerzonen am Vormittag oder Mittag, Marktplatzreden oder kurze Town-Hall-Meetings am Nachmittag, Haustürwahlkampf am frühen Abend, Kneipentouren am späteren Abend bis zum Clubbesuch in der tiefen Nacht.

24. September:

Bundestagswahl

24. September:

Wahlparty, VollGutLager, Berlin

30. September:

Länderrat, Uferstudios, Berlin

20. – 22. Oktober:

BDK, Station, Berlin

Nachtrag:

In der letzten Ausgabe haben wir auf S. 26/27 über die BDK in Berlin berichtet und leider den Bildcredit vergessen: Es fotografierte Rasmus Tanck.

Spende zur Bundestagswahl

Am grünen Telefon

Unser Land braucht Grün! Deshalb organisiert der Bundesverband eine schlagkräftige Kampagne zur Bundestagswahl und unterstützt alle grünen Gliederungen im Wahlkampf. Jede helfende Hand zählt. Aber auch jeder Euro. Du weißt, Wahlkampf kostet Geld. Deshalb setzen wir auf deine Unterstützung! Wir rufen dich als Mitglied an und bitten um eine Spende für den Wahlkampf. Wir telefonieren bis September mit unserem kleinen grünen Team in der Bundesgeschäftsstelle und hoffen, etwa 10.000 Mitglieder zu erreichen – vielleicht auch dich. Wir freuen uns auf die Gespräche und deine Unterstützung!

Gib alles

In den letzten 42 Stunden des Wahlkampfes schicken wir unsere Spitzenkandidaten auf einen 16-Länder-Marathon. Unterstütze ihren Endspurt tatkräftig und finanziell.

Happenings, Termine und

Spendenkonto findest du unter:

www.gruene.de/deine-spende

Wir freuen uns auch über

Spenden per Überweisung an

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

GLS Gemeinschaftsbank

IBAN: DE73 4306 0967 8035 8159 00

oder online: www.gruene.de/spende

Es kommt auf uns alle an – jede

Stimme und jeder Euro kann

den Unterschied machen. Deshalb:

Danke für deine Hilfe!

Kontakt zum Team

Du erreichst das grüne Fundraising-Team unter fundraising@gruene.de oder 030/28442-198

Impressum

Das Magazin der Grünen – Mitgliederzeitschrift

Nr. 7, ISSN 2509-3193

Postvertriebszeichen: A 02908

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Michael Kellner

Politischer Bundesgeschäftsführer

V.i.S.d.P.: Robert Heinrich

Wahlkampfmanager

Redaktion, Gestaltung, Produktion:

Redaktionsleitung: Julia Decker,

Ivonne Fehn

Texte dieser Ausgabe: Christoph

Cadenbach, Hanna Henigin,

Philipp Hauner, Julia Rothhaas,

Christina Waechter

Gestaltung: Miriam Bröckel

Kontakt Redaktion:

E-Mail: magazin@gruene.de

Redaktion: Das Magazin der Grünen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Triftstraße 13, 80538 München

Anzeigenverwaltung:

Runze & Casper Werbeagentur GmbH

Ruth Hansmann

Linienstraße 214, 10119 Berlin

Tel.: 030/28 01 80-145

E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:

61.000 Exemplare

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG,

Kassel, auf 100% Recyclingpapier.

Den Auflagen von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Berlin liegen Zeitungen der Landesverbände oder Landtagsfraktionen bei.

Jahresabonnement:

Vier Ausgaben: 11,90 Euro

Bestellung schriftlich an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abo/Magazin

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

WIR GESTALTEN DIE ZUKUNFT FÜR DEUTSCHLAND



„WIR VERBINDEN MENSCHEN UND UNTERNEHMEN. IMMER UND ÜBERALL. IN DER STADT UND AUF DEM LAND. WIR KENNEN UNSERE HERKUNFT. WIR KENNEN UNSERE VERANTWORTUNG FÜR DEN STANDORT DEUTSCHLAND. UND WIR NEHMEN SIE WAHR: GESTERN, HEUTE UND MORGEN. DENN WIR SIND DAS ORIGINAL. WIR SIND: IHRE DEUTSCHE TELEKOM.“

Ihr Timotheus Höttges (Vorstandsvorsitzender)



ERLEBEN, WAS VERBINDET.